

3561/J XX.GP

der Abgeordneten Dr.König und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Spekulationen im internationalen Zahlungsverkehr

Vor kurzem wurde in den Medien berichtet, daß es im Rahmen der WTO gelungen sei, eine Vereinbarung über eine völlige weltweite Liberalisierung auf dem Sektor des Kapitalverkehrs zu erreichen. So sehr dies zur Erleichterung des internationalen Waren- und

Dienstleistungsaustausches zu begrüßen ist, fehlen leider bislang Vereinbarungen zur Verhinderung des Mißbrauches dieser Liberalisierung. Dies gilt nicht nur für die erweiterten Möglichkeiten der Geldwäsche für Einkünfte aus dem organisierten Verbrechen, sondern auch für wirtschaftliche Spekulation großen Stils gegen einzelne Währungen. So werden

heute bereits durch die gewaltigen finanziellen Hilfeleistungen des Internationalen Währungsfonds die Milliardenverluste aus Spekulationsgeschäften in Asien letztlich zu Lasten der westlichen Steuerzahler abgedeckt. Auch wenn dies zur Verhinderung schwerwiegender Störungen der gesamten Weltwirtschaft erforderlich ist und von drastischen Auflagen seitens der internationalen Finanzinstitutionen begleitet ist, müssen aus diesen heute noch nicht bewältigten Fehlentwicklungen Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden.

Übereinstimmenden Berichten zufolge werden heute bereits über 90% (!) aller internationalen Überweisungen rein spekulativ getätig, d.h. ohne daß diesen Überweisungen ein operatives Handelsgeschäft, das zur Produktivität beiträgt, zugrunde liegt. Zwar wird durch die Schaffung des Euro wenigstens für den Bereich der EU die internationale Währungsspekulation eingedämmt, international bleibt sie aber bestehen.

Dazu kommt das explosive Wachstum des Handels mit derivativen und mit spekulativen Finanzprodukten. Daraus resultierende Bankenzusammenbrüche werden in der Regel zu Lasten der Sparer und jener im operativen Geschäft aktiv Tätigen und Arbeitsplätze Schaffenden abgedeckt Zurecht sehen die österreichischen Gesetze daher für österreichische Pensionskassen und Investmentfonds das Verbot der Veranlagung in derivative Finanzprodukte vor. Eine derart wuchernde internationale Spekulation ist jedenfalls geeignet, das Vertrauen in die Vorteile der weltweiten Globalisierung zu erschüttern. Letztlich geht es dabei um die Wahrung des Vertrauens in die Fähigkeit der EU, entsprechende Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Globalisierung zu entwickeln, damit die Fundamente unserer sozialen Marktwirtschaft nicht untergraben werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Finanzminister folgende ANFRAGE

1. Werden Sie im Rahmen der österreichischen Präsidentschaft in der EU sich dafür einsetzen, daß die Möglichkeiten der Verhinderung des Mißbrauches der Globalisierung insbesondere im internationalen Kapitalverkehr mit Priorität untersucht und geeignete Maßnahmen im Rahmen der G7 getroffen werden?

2. Sind Sie bereit, da sich die aus der riesigen Zahl spekulativer internationaler Überweisungen erzielten Gewinne steuerlich durch die einzelnen Staaten nicht erfassen lassen und damit der Besteuerung entzogen sind, die Einführung einer geringfügigen Steuer (topping tax?) auf alle derartigen Überweisungen nach und aus der EU, wodurch operative Geschäfte kaum belastet, die spekulative Ausnützung kleiner Margen aber erschwert bzw. verteuert werden, prüfen zu lassen?